



Klarer Kurs für Reformen

Trotz der Stimmenverluste bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen wird die CDU-Führung ihren klaren Reformkurs beibehalten.

Nach einer nüchternen Analyse der Wahlergebnisse durch den Bundesvorstand und das Präsidium der CDU Deutschlands stellte Angela Merkel fest, dass die Leistungen der CDU auf Landesebene gut seien und Georg

Milbradt deshalb einen klaren Regierungsauftrag für Sachsen erhalten hätte. Die Ergebnisse seien im Wesentlichen von Bundesthemen und der allgemeinen ostdeutschen Stimmungslage wegen der anhaltenden Arbeitslosigkeit bestimmt worden. Einigkeit und Geschlossenheit müssten jetzt das Gebot der Stunde sein, mahnte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU- ▶

INHALT

Laurenz Meyer:
Rot Grün verantwortlich
für Ausbildungsmisere
Seite 4

Dokumentation
Wahlanalysen
Landtagswahlen Brande-
nburg und Sachsen

Projekt Wachstum:
Mehr Wachstum durch
Qualifikation und Eliten-
bildung
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ K. Reiche und D. Wöhl zum Ausbildungspakt (S. 4-5) ■ A. Schavan: Keine Einheitsschule für Deutschland (S. 6) ■ CDU fordert Innovationsprogramm (S. 7) ■ Spitzensport braucht Sportwissenschaft (S. 8) ■ Sicherheitspolitische Kooperationen vereinbart (S.9) ■ P. Bleser: Unser Land braucht innovative wettbewerbsfähige Landwirtschaft (S. 10) ■ Herausforderung Großstadt annehmen (S. 11) ■ H. Heiderich: Bundesregierung verpasst die Chancen der Gentechnik (S.12-13) ■ A. Storm, Gerald Weiß: Schallende Ohreife für die Bundesregierung (S. 13) ■ E. Marschewski: Vertreibung und entschädigungslose Enteignung sind völkerrechtswidrig (S. 14) ■ W.Kuhn: Von Stolpenichts Neues (S. 15) ■ D. Austermann: An die eigene Nase fassen (S. 15-16) ■ D.Fischer: Parlament entscheidet ohne Beeinflussung über Börsengang der Bahn (S. 16)

Wachstum Arbeit Wohlstand

Regionalkonferenz der CDU Deutschlands

Vom 5. bis 7. Dezember 2004 findet in Düsseldorf der 18. Parteitag der CDU Deutschlands statt. Um diesen Parteitag und die Antragsberatung vorzubereiten, wird die CDU auch in diesem Jahr mehrere Regionalkonferenzen durchführen. Der Leit-antrag, der das Ergebnis der Arbeit am „Projekt Wachstum“

widerspiegelt, wird am 4. Oktober im Bundesvorstand der CDU beraten und anschließend in die Partei gegeben. Das „Projekt Wachstum“ präsentiert auf acht Arbeitsfeldern konkrete Strategien, wie wir in Deutschland wieder mehr Wachstum und damit Arbeitsplätze schaffen können.

Regionalkonferenzen

Datum	Zeit	LV's	
Do. 07.10.	19.30 – 22.00	NRW	Hamm
Mo. 11.10.	19.00 – 21.30	Baden-Württemberg	Sindelfingen
Di. 12.10.	19.30 – 22.00	Rheinland-Pfalz Hessen	
Fr. 22.10.	19.00 – 21.30	Saarland	Mainz
Mo. 01.11.	19.30 – 22.00	Berlin Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern	Berlin
Do. 04.11.	19.30 – 22.00	Sachsen Sachsen-Anhalt Thüringen	Halle /Saale
Fr. 05.11.	16.00 – 18:00	Hamburg Bremen Niedersachsen	Fallingbostel
		Schleswig-Holstein	Travemünde

Sie können sich zu der Veranstaltung in Ihrer Nähe anmelden unter: events@cdud.de

Ein Tipp: Bestellen Sie schon jetzt den Leit Antrag auf www.cdu.de. Er wird Ihnen dann per E-Mail zugesandt.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

► Bundestagsfraktion. Die Leistungsbilanz von Rot-Grün sei so schwach, dass Deutschland eine offensive Union mehr denn je brauche. Angela Merkel zeigte sich überzeugt, dass der Verunsicherung der Menschen nur mit einer konsequenten und verlässlichen Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung begegnet werden könne.

Reaktionen der SPD-Führung auf die Wahlergebnisse wertete die CDU-Vorsitzende als Ausdruck einer großen Verzweigung innerhalb der Sozialdemokratie. Schließlich bewege sich die SPD in Sachsen im einstelligen Bereich und habe mit der NPD um Platz drei in der Wählergunst ringen müssen. Die Sozialdemokraten in Brandenburg freuten sich darüber, dass sie in ihrer ehemaligen ostdeutschen Hochburg die 30-Prozent-Marke überschritten hätten und vor der PDS die stärkste Partei geworden seien. Dabei werde jedoch ausgeblendet, dass die Sozialdemokraten in Brandenburg seit 1994 mehr als 20 Prozentpunkte verloren hätten. Merkel wörtlich: „Wie tief muss man sinken, wie verhöhnt man im Grunde die Wähler“, wenn eine Partei solche Ergebnisse auch noch als Erfolg ausgebe. Das Erstarken der rechtsradikalen Parteien in Sachsen und

Brandenburg bezeichnete Angela Merkel als „schlimm.“ Diese Parteien zu bekämpfen und die Wähler zurückzuholen, sei selbstverständliche Pflicht aller demokratischen Kräfte. Das beste, allerdings auch dringlichste Mittel gegen die Protesthaltung vieler Wähler ist eine Politik auf Bundesebene, die wieder zu mehr Beschäftigung, Lebenschancen und Lohn für Lebensleistung führt.

Die CDU-Vorsitzende kündigte an, dass die Union an den als richtig anerkannten Grundsätzen festhalte. Schwerpunkte der politischen Auseinandersetzung blieben die Felder Wachstum, Arbeit und Wohlstand. Dies seien nach wie vor die wichtigsten Themen für die Menschen, die größten Schwachpunkte der Bundesregierung und die größten Kompetenzstärken der CDU. Die Union wolle Alternative, nicht Variante der rot-grünen Bundesregierung sein. Zu einem Zeitpunkt, an dem die Bundesregierung in eine Politik des Stillstandes übergehe, müsse die CDU umso deutlicher machen, dass es mit ihr nach vorne gehe. Es gebe kein wichtiges Politikfeld, sei es Arbeitsmarkt, Steuern, soziale Sicherheit, Bildung oder innere und äußere Sicherheit, auf dem Rot-Grün die Kraft zu ausreichenden Reformen ge-

funden hätte, erklärte die Vorsitzende. Klare Alternativen für Wachstum und Arbeit bedeuteten insbesondere eine durchgreifende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, mehr Entscheidungsfreiheiten für die betriebliche Ebene, wo immer möglich eine Abkoppelung der Sozialversicherungsbeiträge vom Lohn, ein grundlegend vereinfachtes Steuersystem, Öffnungsklauseln für Kommunen und Bundesländer, eine echte Entlastung der Erziehenden und die Stärkung von privater und kapitalgedeckter Vorsorge in den sozialen Sicherungssystemen, sagte Angela Merkel. Der Wandel in Deutschland brauche mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung und mehr Leistungsgerechtigkeit.

Nur mit Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sei das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Deshalb werde die Union ihren klaren Kurs beibehalten, sagte Angela Merkel. Um den Menschen Perspektiven aufzuzeigen, werde der Bundesvorstand am 4. Oktober den Antrag für „Mehr Wachstum und Beschäftigung“ beschließen. Dieser werde anschließend auf sieben bundesweiten Regionalkonferenzen der Parteibasis vorgestellt und dann als Leitantrag dem Parteitag im Dezember in Düsseldorf vorgelegt.

Katastrophaler Auftakt des Ausbildungsjahres 2004

Stellungnahme zum Ausbildungspakt und zur Ausbildungssituation 2004

Trotz der erheblichen Anstrengungen der Wirtschaft, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz oder eine Einstiegsqualifikation anzubieten, ist die Lehrstellenslücke zu Beginn des Ausbildungsjahres 2004/2005 noch größer als im letzten Jahr. Es zeichnet sich ein dramatischer Höchststand ab. Ende September dürften mehr als 30 000 (Vorjahreswert) Ausbildungsplätze fehlen.

Die Gründe liegen aber nicht in einem Scheitern des



Katherina Reiche

Ausbildungspaktes, sondern vor allen Dingen in der schlechten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Bisherige Angebote brechen schneller weg als durch den Pakt zusätzliche neue entstehen. Die schwache Konjunktur, der anhaltende Beschäftigungsabbau und die

hohe Zahl der Firmenpleiten hinterlassen auf dem Ausbildungsmarkt ihre Spuren. Zudem hinkt die Bundesregierung mit der Novelle des Berufsbildungsgesetzes hinterher.

Die reflexartigen Rufe von SPD-Linken und Gewerkschaften nach der Ausbildungsplatzabgabe helfen den Jugendlichen nicht und führen zu weiterer Verunsicherung bei den Betrieben. Rot-Grün hält Münteferings Lieblingskind in unverantwortlicher Weise als Drohkulisse aufrecht. Eine Abstimmung über den Einspruch des Bundesrates im Bundestag hat die Koalition bisher verhindert. Im Entwurf des Bundeshaushaltes 2005 hat sie „Vorkehrungen“ getro-

L. MEYER: ROT-GRÜN VERANTWORTLICH FÜR AUSBILDUNGSMISERE

Schuld an der Misere am Ausbildungsmarkt ist einzig und allein die desaströse Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Solange in Deutschland jedes Jahr 40.000 Unternehmen Pleite gehen und an jedem Werktag rund 1.000 Arbeitsplätze verloren gehen, wird sich auch die Lehrstellensituation nicht grundlegend verbessern. Die SPD hat mit ihrer rein ideologisch motivierten Debatte über eine Ausbildungs-

platzabgabe die Wirtschaft zusätzlich verunsichert. Wenn jetzt die Gewerkschaften schon wieder eine Ausbildungsplatzabgabe fordern, kann man nur warnen: Dadurch entsteht kein einziger neuer Ausbildungsplatz.

Dank des Einsatzes von Handwerk, Mittelstand und Industrie für zusätzliche Ausbildungsplätze hat sich der Ausbildungspakt be-



währt. Dennoch bleibt es für die Wirtschaft eine moralische Verpflichtung, möglichst jedem ausbildungsfähigen Jugendlichen eine Lehrstelle bereit zu stellen.

Grundsätzlich wird sich die Lage am Ausbildungsmarkt erst dann verbessern, wenn in Deutschland wieder eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung gemacht wird.

fen und einen Leertitel zur Zahlung der Verwaltungs- ausgaben der Ausbildungs- platzabgabe geschaffen. Mit der Kürzung von Mitteln für Bildungs- und Forschungs- förderung soll das rot-grüne Ideologieprojekt finanziert werden. Die CDU/CSU-Bun- destagsfraktion wird in den anstehenden Haushaltsver- handlungen die Streichung des Titels „Ausbildungsplatz- abgabe“ beantragen.

Alle am Ausbildungs- markt Beteiligten sind jetzt zu äußersten Anstrengun- gen aufgerufen, um in Nach- vermittlungsaktionen bis Jahresende eine Verbesse- rung zu erreichen.

Katherina Reiche ist die bildungspolitische Spreche- rin der CDU/CSU-Bundes- tagsfraktion.

Ausbildungspakt ist nur die zweitbeste Lösung

Erklärung zur Bilanz der Bundesminister Bulmahn und Clement zum Ausbil- dungspakt und zur Ausbil- dungssituation 2004:

Die Gründe für die Aus- bildungsmisere haben nichts mit fehlender Motivation der Betriebe zu tun oder mit nicht ausreichenden An- strengungen der Wirtschaft, die Zusagen zu erfüllen.



Dagmar Wöhrl

Wenn die Lehrstellenlücke zu Beginn des Ausbildungs- jahres 2004/2005 noch grö- ßer ist als im letzten Jahr, be- deutet dies nicht das Schei- tern des Ausbildungspaktes, sondern viel mehr das Schei- tern der rot-grünen Wirt- schaftspolitik.

Denn die eigentlichen Gründe für die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt lie- gen in der schwierigen wirt- schaftlichen Lage, in den un- gelösten strukturellen Pro- blemen und in der mangel- den Ausbildungsreife vieler Schulabgänger. Der nachhal- tige Beschäftigungsabbau und die horrende Zahl der Firmenpleiten hinterlassen auf dem Ausbildungsmarkt deutliche Brems Spuren. Vie- le Betriebe können sich auf- grund der erdrückenden Kos- tenbelastung keine Auszu- bildenden mehr leisten. Grundsätzlich gilt: Unterneh- men können nur so viele Stel- len anbieten, wie es die öko-

nomische Lage erlaubt – und sie ist hundsmiserabel. Auch der Zickzackkurs der Bun- desregierung bei den Refor- men schafft Verunsicherung und lähmt betriebliche Ent- scheidungen für Investitio- nen in die Zukunft.

All diese Probleme kön- nen nicht durch einen Pakt, sondern nur durch grundle- gende wirtschafts-, sozial- gelöst werden. Daher ist auch der Ausbildungspakt zwar eine gute, aber dennoch nur die zweitbeste Lösung.

Die beste Lösung für eine Entspannung auf dem Aus- bildungsmarkt ist eine besse- re Wirtschaftspolitik. Man muss gedeihliche konjunk- turelle Rahmenbedingun- gen schaffen, die Ausbil- dungsvergütungen flexibilis- sieren und die Schulbildung verbessern. Öffnungsklau- seln in den Tarifverträgen zur Flexibilisierung der Aus- bildungsvergütungen und der Übernahmereglungen können dazu beitragen, dass in den Betrieben mehr Aus- zubildende eine Zukunft- schance erhalten.

Alle am Ausbildungs- markt Beteiligten müssen jetzt alles tun, um in Nach- vermittlungsaktionen bis Jahresende eine Verbesse- rung zu erreichen.

Dagmar G. Wöhrl ist die wirtschaftspolitische Frakti- onssprecherin.

Annette Schavan:

Keine Einheitsschule für Deutschland

Zur rot-grünen Forderung nach Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems erklärte die Koordinatorin der unionsgeführten Länder in der Kultusministerkonferenz, die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan:

Bessere Bildung braucht ein besseres Klima für Lernen und Leistung sowie eine konsequente Modernisierung des Unterrichts an unseren Schulen. Der Ruf nach einer „Einheitsschule für alle“ ist pure Ablenkung und belegt, dass Sozialdemokraten und Grüne aus den Fehlern der siebziger Jahre nichts gelernt haben. Das gescheiterte Experiment der Gesamtschule wird einer verunsicherten Öffentlichkeit unter einem neuen Namen als Zukunftskonzept präsentiert. Wohin ideologisch motivierte Bildungsreformen führen, kann an den Ergebnissen der deutschen Länder bei der internationalen Vergleichsstudie PISA abgelesen werden. Diejenigen deutschen Länder, die in der Vergangenheit auf Gleichmacherei gesetzt haben, befinden sich in der unteren Tabellenhälfte. Mit den unionsregierten Län-

dern wird es deshalb keine Einheitsschule für alle geben. Klar ist aber auch: Die Durchlässigkeit des Schulsystems muss in ganz Deutschland noch größer werden. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden, keiner soll seine Talente und Begabungen verstecken müssen. Die Entscheidung für eine bestimmte Schulart ist eine Entscheidung für ein bestimmtes Bildungskonzept, nicht für einen bestimmten Bildungsabschluss.

Nicht die Struktur eines Schulsystems entscheidet über den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern, sondern die Qualität von Schule und Unterricht. Die unionsregierten Länder setzen auf grundlegende Bildungsreformen: Lernen in frühen Jahren, Sprachförderung vor Schulbeginn, Bildungsstandards und Evaluation von Unterricht, bedarfsorientierter Ausbau von Ganztageschulen, Abitur nach zwölf Jahren, Stärkung der Naturwissenschaften und frühes Fremdsprachenlernen, Stärkung der dualen beruflichen Bildung. Wir nehmen die Neugierde und



Annette Schavan

Lernbereitschaft unserer Kinder und Jugendlichen ernst, indem wir Schule modernisieren und nicht auf Ideen aus dem letzten Jahrhundert zurückgreifen. Deutschland braucht jetzt keine Debatte über Schulstrukturen. Wir brauchen einen langen Atem und konsequentes Handeln für die tiefgreifendste Bildungsreform seit Jahrzehnten.



SERVICEPUNKT

Eine Zusammenfassung und Analyse der OECD-Studie 2004 finden Sie im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de.

Autorin der Analyse ist die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Katherina Reiche.

CDU fordert Innovationsprogramm

Zur Stärkung der Spitzentechnologien in Deutschland hat die CDU ein Forschungs- und Innovationsprogramm der Bundesregierung von fünf Milliarden Euro für 2005 bis 2010 gefordert.

Zur Finanzierung schlug der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Jürgen Rüttgers die Halbierung der Steinkohlesubventionen sowie die Kürzung weiterer Subventionen nicht mehr zukunftsfähiger Technologien und Industrien vor. Das Innovationsprogramm ist Teil eines von Rüttgers erarbeiteten umfangreichen Katalogs von Maßnahmen für technologische Innovationen, die zu mehr Wachstum und neuen Arbeitsplätzen führen und Deutschland wieder in die Spitzengruppe der Hochtechnologie-Nationen bringen sollen. Das Papier wird neben sieben anderen „Wachstumpaketen“ Eingang in einen Leitantrag für den Düsseldorfer Parteitag im Dezember finden.

Zu den langfristig wirksamen Maßnahmen zählt der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende die Schaffung eines innovationsfreundlichen Klimas sowie grundlegende Reformen in den Schulen als Grundvoraussetzung für künf-



Jürgen Rüttgers und CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer bei der Vorstellung des Papiers

tige technologische Spitzenleistungen. Zudem sei eine große Hochschulreform erforderlich. Kurz- und mittelfristig schlägt Rüttgers die Rückkehr zu jährlichen Regierungsberichten zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands vor. Bundesregierung und Landesregierungen sollten zusammen mit der Wirtschaft, den Hochschulen, den Forschungseinrichtungen und den Verbänden eine Liste der 100 wichtigsten bürokratischen Innovationshindernisse erstellen. Sachlich nicht begründete innovationsfeindliche Regulierungen müssten dann beseitigt werden. Die Zuweisungen an die Forschungsorganisationen sollten laut Rüttgers von 2005 bis 2010 jährlich um mindestens fünf Prozent erhöht werden. Zudem sollten Bund und Länder wirtschaftspolitische und steuerrechtli-

che Maßnahmen ergreifen mit dem Ziel, die Eigenkapitalbasis insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen zu erhöhen, damit wieder mehr und nachhaltiger in Forschung und Entwicklung investiert werde. Auch müsse insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen die Beschaffung von Fremdkapital für innovative technologische Projekte erleichtert werden. Das Steuer- und Abgabensystem sei so zu gestalten, dass innovativen Unternehmen wieder mehr Wagniskapital zur Verfügung gestellt werde. Darüber hinaus schlug Rüttgers sechs nationale Leitprojekte der Innovation vor: Mobilität, nachhaltige und klimaverträgliche Nutzung fossiler Brennstoffe, Wasserstoff, Materialwissenschaften, Medizintechnik sowie Kerntechnik-Sicherheit.

Eberhard Gienger/Klaus Riegert

Spitzensport braucht Sportwissenschaft

Die CDU setzt sich für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Sportwissenschaft in Deutschland ein, damit unsere Athleten eine faire Chance im Wettkampf mit den Besten der Welt haben.

Die Ergebnisse der letzten sportlichen Großereignisse machen deutlich: Ohne systematische sportwissenschaftliche Grundlagenforschung, ohne trainingswissenschaftliche Begleitung des Athleten und ohne modernste Materialausrüstung sind sportliche Höchstleistungen nicht mehr möglich. Japan, Australien und China haben sich in diesen Bereichen in den vergangenen Jahren finanziell stark engagiert - heute sind sie in vielen Sportarten und Disziplinen Weltspitze.

Deutschland verfügt mit dem Institut für Angewandte Trainingswissenschaften in Leipzig, dem Institut für die Forschung und Entwicklung von Sportgeräten in Berlin und mit dem Bundesinstitut für Sportwissenschaft in Bonn über drei herausragende sportwissenschaftliche Einrichtungen. Dazu kommen die sportwissenschaftlichen



Im Leipziger Institut für Angewandte Trainingswissenschaften informierte sich der Arbeitskreis Leistungssport der CDU unter Leitung des Vorsitzenden Eberhard Gienger (3.v.r.) und des sportpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Klaus Riegert (6.v.r.) über die athletenbezogene prozessbegleitende Trainings- und Wettkampfforschung.

Einrichtungen an den Universitäten.

Leipzig und Berlin fallen durch die unmittelbare Arbeit mit den Athleten, den Trainern und Verbänden eine Schlüsselrolle zu. Sie werden fast ausschließlich durch Mittel des Bundes finanziert. Statt die Zuweisungen den Erfordernissen anzupassen, sind die Mittel seit Jahren gedeckelt. Die Folge sind ausgedünnte Personaldecken. Für junge Wissenschaftler gibt es zu wenig Anreize, sich im Bereich der Sportwissenschaft zu engagieren. Für die Anschaffung moderner Gerätschaften und Messinstrumente fehlt zu häufig das Geld. Dieser Zustand wird seit Jahren beklagt, doch es ändert sich zu wenig. Unsere Gesellschaft erwartet wie

jetzt bei den Olympischen Spielen in Athen oder bei den bald beginnenden Paralympics von deutschen Athleten Erfolge. Ein Baustein für sportliche Topleistungen ist die Wissenschaft. Wer diese den jungen Menschen verweigert oder nicht in dem erforderlichen Maße zur Verfügung stellt, sollte die Ansprüche an die Athleten zurückschrauben.

Wir erwarten von unseren Athleten Höchstleistungen ohne Doping; dafür brauchen sie optimale Voraussetzungen. Zu einer Strukturdebatte im Deutschen Sport gehört an vorderster Stelle ein Anerkennen der Bedeutung der Sportwissenschaft für Höchstleistungen, für unsere Athleten und für deren Trainer.

Sicherheitspolitische Kooperationen vereinbart

Die Innenminister und -senatoren der norddeutschen Bundesländer haben eine bessere Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Staatsschutz im norddeutschen Verbund vereinbart.

Die Innenminister und -senatoren vertraten die Auffassung, dass gerade die fließenden Übergänge in der Sicherheitsgeografie zwischen den Flächenländern und den Stadtstaaten in Norddeutschland dafür sprächen, die Themen nicht isoliert zu behandeln, sondern darüber einen regelmäßigen Austausch zu pflegen. Derzeit sei die Zusammenarbeit insbesondere im Bereich Rechtsextremismus sowie im Bereich islamistischer Extremismus notwendig. Die Innenminister und -senatoren stimmen darin überein, dass die Bedrohung durch den islamistischen Extremismus und Terrorismus unverändert anhält. Zur effektiven Beobachtung der islamistischen Strukturen sei eine enge Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden der norddeutschen Länder unverzichtbar, sagte der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann. Eine Durchdringung der Netzwer-

ke, in denen sich islamistische Terroristen bewegen, sei nur durch enge Kooperation und gegenseitige Information möglich. Bestrebungen zur Zentralisierung des Verfassungsschutzes beim Bund erteilten die norddeutschen Innenminister und -senatoren eine Absage. Hierdurch würde sich der Verfassungsschutz des größten Vorteils seiner bewährten föderalen Struktur, der Ortsnähe und -kenntnis begeben.

Maritimes Sicherheitszentrum

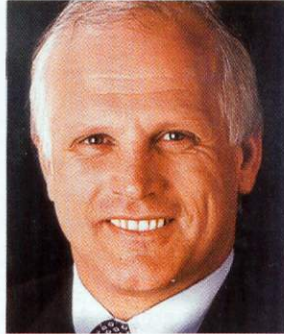
Fernvereinbarten die Innenminister und -senatoren auf Vorschlag Hamburgs, einen Staatsvertrag über die Einrichtung eines Maritimen Sicherheitszentrums (MSZ) abzuschließen. „Unter Beibehaltung der Kompetenzen von Bund und Ländern werden jetzt alle Aufgaben im Küstenmeer und auf hoher See in Cuxhaven gebündelt“, kündigte Schünemann an. Im Bereich der maritimen Sicherheit werde dazu eine weitestgehende Kooperation der zuständigen Behörden des Bundes und der Länder vereinbart. Die organisatorische

und inhaltliche Umsetzung dieser Kooperation solle zukünftig in einem vom Bund und den fünf norddeutschen Küstenländern getragenen MSZ in Cuxhaven geschehen. Geplant sei, das MSZ auf drei Säulen zu stellen: die Küstenwache des Bundes, das Havariekommando sowie das maritime Führungs- und Lagezentrum. „Im Ergebnis wären dann alle auf See tätigen Dienststellen wie Wasserschutzpolizei, Havariekommando, BGS und Zoll an einem Ort verknüpft“, so Schünemann. Ziel sei es, einheitliche Informationen an einer Stelle für alle maritimen Sicherheitsbehörden anzubieten, ein gemeinsames Lagebild zu erstellen und zu bewerten. „Diese gemeinsame Aufgabenwahrnehmung mit schlanken Strukturen und kurzen Entscheidungswegen ist meines Erachtens gegenüber einer riesigen und schwer steuerbaren „Mammutbehörde“ nach dem Vorbild der amerikanischen Coast Guard vorzuziehen“, sagte der Innenminister. Eine Bundesländer Arbeitsgruppe soll den Staatsvertrag und die Aufbau- und Ablauforganisation des MSZ bis zum Jahresende vorbereiten.

Unser Land braucht eine innovative wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Wenn wir heute in der breiten Öffentlichkeit über Landwirtschaft sprechen, denken viele an einen altmodischen, hochsubventionierten Wirtschaftszweig, der mit high-tech und Innovation nichts zu tun hat. Die rot-grüne Bundesregierung hat dabei entscheidend zu dieser Suggestion beigetragen. Ihre gesamte Politik ist darauf gerichtet, in Deutschland eine Museumslandwirtschaft zu installieren.

Dabei ist es in der Realität ganz anders. Die Produktivität der Landwirtschaft ist alleine in den letzten zehn Jahren um fast 100 % je Arbeitskraft gestiegen, doppelt so stark wie im produzierenden Gewerbe. Wenn man heute in Deutschland nur noch 11 Prozent der gesamten Konsumausgaben für Nahrung benötigt, statt vor wenigen Jahrzehnten 30 bis 40 Prozent, so beträgt diese Differenz Jahr für Jahr über 200 Mrd. €, die der Verbraucher für andere Ausgaben verfügbar hat. Vom Fortschritt in der Landwirtschaft hat die Gesellschaft damit viel stärker profitiert als die so genannten Agrarsubventionen kosten, die zu



Peter Bleser

dem entweder Sozialausgaben betreffen oder gesellschaftlich geforderten Nachhaltigkeits-Aufwand der Landwirtschaft ausgleichen.

Wie sehr die Regierung die Realität aus dem Blick verloren hat, belegt die geplante Steuererhöhung für Agrardiesel. Damit legt die Bundesregierung der deutschen Landwirtschaft weitere Fußfesseln an. Frankreich versteuert Agrardiesel mit 5,6 Cent. Dänemark mit 3,27 Cent. In Deutschland soll der Agrardiesel mit bis zu 40 Cent besteuert werden. Die Folge wird der Verlust vieler Arbeitsplätze sein. In Grenznähe werden zu dem viele Betriebe außerhalb der Landwirtschaft aufgeben.

Weitere Bereiche sind Biotechnologie und Nach-

wachsende Rohstoffe. Hier laufen wir Gefahr, wie schon bei anderen Zukunftstechnologien, zwar die besten Forscher zu haben, aber die Markteinführung und die damit einhergehenden Arbeitsplätze überlassen wir anderen. Bewusst wird Angst geschürt und ein Gesetz beschlossen, welches die Einführung dieser Zukunftstechnologie in Deutschland verhindert. In den USA sind 70 Mio. Hektar mit GVO-Pflanzen bestellt und die Produkte werden in Form von Sojabohnen und Mais zu uns exportiert. Seit Jahrelang gibt es in Deutschland praktisch kein Kraftfutter mehr für Hühner, Schweine und Rinder ohne GVO-Anteile. Anwendungsmöglichkeiten weit über die Ernährung und die Medizin zeichnen sich ab. Anstatt diese Chancen entschlossen zu nutzen, wird Rückschritt gefördert und Fortschritt verhindert. Diese Regierungspolitik wird nicht nur für die Landwirtschaft zum Verhängnis.

Peter Bleser ist Vorsitzender des Bundesfachausschusses Agrarpolitik der CDU Deutschlands.

Arbeitskreis „Große Städte“

Herausforderung Großstadt annehmen

Die CDU hat zu lange den Wandel in den Städten unterschätzt. Auch nach dem hervorragenden Wahlergebnis in Hamburg bleiben die großen Städte eine Herausforderung.

Zu dieser Einschätzung kommt der Arbeitskreis „Große Städte“, der vom CDU Bundesvorstand nach der Bundestagswahl 2002 eingesetzt wurde, um nach Wegen zu suchen, die Attraktivität der Partei in Großstädten zu verbessern. Sowohl bei der Bundestags- als auch bei Landtags- und Kommunalwahlen war es der CDU zuletzt nicht gelungen, in den Städten neue Wählerschichten zu mobilisieren. Mit einer „Null-Toleranz-Politik“ gegen Kriminalität, mit besserer Kinderbetreuung und einer Förderung des Bürgerengagements will die CDU in den Großstädten wieder an Boden gewinnen. Das geht aus einem Zwischenbericht des Arbeitskreises, der von dessen Vorsitzenden Jürgen Rüttgers der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Union sei für eine konsequente Strafverfolgung und rasche Bestrafung auch bei kleinen Delikten, damit sich



Jürgen Rüttgers

die Menschen in den Städten ohne Angst bewegen könnten, sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschland und nordrhein-westfälische Landeschef. Außerdem plädiert Arbeitskreis für eine Verhinderung oder zumindest Reduzierung der offenen Drogenzonen und eine konsequente Abschiebung von mehrfach straffällig gewordenen ausländischen Straftätern. Doch die Union will nicht nur auf das Thema innere Sicherheit setzen. „Die Infrastruktur für Familien mit Kindern muss nachhaltig verbessert werden“, heißt es in dem Papier. Die Arbeitsgruppe verlangt deshalb die Bereitstellung ausreichender Hortplätze und Tagesmütter für Kinder unter drei Jahren und den bedarfsge-

rechten Ausbau des Ganztagserschulsystems.

Die Bremer Historiker Paul Nolte empfahl der CDU, sich den veränderten gesellschaftlichen Realitäten zu stellen. Dazu gehöre die kulturelle Öffnung gegenüber dem grünen Milieu, der Ausbau von Ganztagschulen und das Akzeptieren unterschiedlicher privater Lebensformen. Nach Ansicht von Nolte, der in der Kommission mitarbeitet, muss die CDU nicht fürchten, ihre traditionellen Wähler zu verlieren, wenn sie sich neuen Themen stellte. Eine Öffnung bedeute nicht, eigene Standpunkte, etwa in Fragen der inneren Sicherheit, zu verlassen.

SERVICEPUNKT

- Den vollständigen Zwischenbericht des Arbeitskreises „Große Städte“ der CDU Deutschlands, sowie weitere Informationen über die Arbeit des Arbeitskreises „Große Städte“ finden Sie auf www.cdu.de unter „Politik A-Z“, Navigationspunkt „Große Städte“

Bundesregierung verpasst die Chancen der Gentechnik

Erklärung zur europäischen Biotechnologiekonferenz Biotechnica:

Wolfgang Clement spricht von der Biotechnologie als Wachstumsmotor für Europa, Frau Bulmahn von Politik für einen leistungsfähigen Biotechnologie-Standort Deutschland. Rot-Grün war schon immer Ankündi-

gungsweltmeister: Anstatt Forschung und Innovation umfassend zu fördern, lässt man zu, wie diese in das europäische Ausland oder nach Übersee abwandert.

Die Liste der nicht umgesetzten Ankündigungen ist lang:

Die Bundesregierung hat mit dem gerade beschlossenen Gentechnikgesetz Deutschland ernsthaften Schaden zugefügt. Die deutsche Forschung spricht von einem Gentechnikverhinde-



Helmut Heiderich

runngesetz und stellt die Standortfrage. Während Greenpeace und Co. weiter-

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT ENTSCHEIDET GEGEN DIE CDU

Die CDU muss wegen früherer finanzieller Unregelmäßigkeiten im hessischen Landesverband 21 Millionen Euro aus der staatlichen Parteienfinanzierung zurückzahlen.

Das entschied das Bundesverfassungsgericht. Vor dem Verwaltungsgericht Berlin hatte die CDU mit ihrer Klage Recht bekommen, in der Berufungsinstanz dann aber verloren. Das Bundesverfassungsgericht führte zur Begründung aus, die CDU habe fristgerecht keinen inhaltlich richtigen Rechenschaftsbericht abgegeben. Aus Sicht der CDU war ihr dies auch nicht möglich gewesen, weil sie bei Abgabe des Rechenschaftsberichtes keine Kenntnisse von

der Fehlerhaftigkeit hatte.

Zu dem Urteil sagte Generalsekretär Laurenz Meyer „Wir bedauern die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sehr.“ Dadurch werde die finanzielle Situation der CDU stark beansprucht. Über die Folgen werde in den Gremien der Partei zu diskutieren sein. Da der Gang nach Karlsruhe keine aufschiebende Wirkung gehabt habe, hat die CDU bisher ungefähr die Hälfte der Summe in Raten an den Bundestagspräsidenten überwiesen. In diesem Zusammenhang wies Laurenz Meyer darauf hin, dass die CDU bereits den letzten Bundestagswahlkampf mit knapperen Mitteln als andere Parteien ge-

führt und auch im Europawahlkampf sehr diszipliniert gewirtschaftet habe. Die Partei gehe deshalb davon aus, dass der Bundestagswahlkampf 2006 wie geplant geführt werden könne, sagte der Generalsekretär.

Ein Stundungs- und Tilgungsplan, der zwischen dem Bundestagspräsidenten und der CDU vereinbart wurde, sieht die Zahlung der ausstehenden Summe in den Jahren 2005 und 2007 vor. Im Wahlkampfjahr 2006 muss die die CDU keine Tilgung leisten, aber weiter Zinsen zahlen. In den Gremien wird jetzt über eine Lösung entschieden, die die Zukunft der CDU sichert.

hin verunsichern können, und unbehelligt auf Kosten des Steuerzahlers Versuchsfelder zerstören, ohne dass die Bundesregierung dagegen etwas unternimmt, werden die deutsche Forschung und deren wissenschaftliche Anwendung wegen rechtlicher Ungewissheit an den Pranger gestellt.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurde von der Bundesregierung die Einführung eines Gentestgesetzes angekündigt. Die Gesetzesinitiative der Union wurde im Plenum jedoch abgelehnt. Jetzt läuft die Anwendung der Politik davon. Mittlerweile gibt es Medikamente, die Gentests voraussetzen.

Ein weiteres Desaster ist die Umsetzung der Biopatentrichtlinie. Bis der erste Entwurf 2003 durch die Justizministerin vorgelegt wurde, sind ganze 5 Jahre verstrichen. Seitdem ist wieder ein Jahr aktionslos verthan.

In der nicht enden wollenden Debatte zur Stammzellforschung und zum Klonen positioniert sich die Bundesregierung international immer noch anders als das Parlament und das geltende deutsche Recht. Dies schafft Verunsicherung. Worauf ist Verlass? Die Bundesregierung muss eine klare Linie vorgeben: Klonverbot

des Menschen, aber verstärkte Forschung in allen Bereichen der Stammzellen.

Die ideologische Trennung von Labor-Forschung und Anwendung verhindert, dass Forschung in marktfähige Produkte umgesetzt werden kann. So entstehen weder Umsätze noch Arbeitsplätze und es geht der Anreiz verloren überhaupt weiter zu forschen. Wozu auch?

Helmut Heiderich ist der Fraktionsbeauftragte für Bio- und Gentechnologie.

Schallende Ohrfeige für die Bundesregierung

Erklärung zur Anhörung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung:

In der heutigen Anhörung hat die Bundesregierung eine schallende Ohrfeige erhalten. Der von der Regierung im Gesetzentwurf zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung vorgesehene Genehmigungsvorbehalt für die Haushalte der Rentenversicherungsträger



Andreas Storm



Gerald Weiß

ist von den Sachverständigen als befremdlich bezeichnet und einhellig abgelehnt worden. Der Vorbehalt sei ein massiver Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung, der weder notwendig noch sachlich begründbar sei. Anders als bei der Bundesagentur für Arbeit und bei der Bundesknappschaft gebe es keine Defizithaftung, die einen solchen Genehmigungsvorbehalt für die Haushalte bei den Regionalträgern und beim neuen Bundesträger rechtfertigen würde. Außerdem werde durch den vorgesehenen Genehmigungsvorbehalt eine weitere bürokratische Hürde aufgebaut, die das mit der Organisationsreform verbundene Einsparpotential von 350 Mio. Euro innerhalb von fünf Jahren gänzlich in Frage stellen würde. Für die CDU/CSU-Bundstagsfraktion stellt der vorgesehene Genehmigungsvorbehalt einen massiven Anschlag auf die finanzielle Unabhängigkeit der Rentenversicherung

und eine Misstrauenserklärung an die Selbstverwaltung dar. Im Hinblick auf die angestrebte breite parlamentarische Zustimmung zur Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung ist Rot-Grün zur raschen Korrektur dieser inakzeptablen Regelung aufzufordern.

Andreas Storm ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung, **Gerald Weiß** der zuständige Berichterstatter.

Vertreibung und entschädigungslose Enteignung sind völkerrechtswidrig

Erklärung zu der aktuellen Debatte über den Eigentumsverlust der Heimatvertriebenen Deutschen und zu den damit im Zusammenhang stehenden Fragen:

CDU und CSU haben ein vitales Interesse an einer dauerhaften Verständigung und endgültigen Aussöhnung mit unseren polnischen Nachbarn. Ein gutes deutsch-polnisches Verhältnis ist wichtig für den Frieden in Europa. Dieses zukunftsgerichtet fortzuentwickeln ist daher ein wichtiges Anliegen von CDU und CSU.



Erwin Marschewski

Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit ist ein weiterer wichtiger Schritt, der auch der Verwirklichung des Rechts auf die Heimat für die deutschen Heimatvertriebenen dient. Die Europäische Union versteht sich als Rechts- und Wertegemeinschaft, in der die Völker und Volksgruppen einträchtig und ohne rechtliche Diskriminierung zusammenleben können.

Wir wenden uns gegen die Aktivitäten der „Preußischen Treuhand“. Diese leistet keinen Beitrag zu einem gedeihlichen Miteinander zwischen Polen und Deutschen. Wir begrüßen es, dass sich das Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV) von der „Preußischen Treuhand“ distanziert hat.

Was die Rede von Bundeskanzler Schröder am 1. August in Warschau anbetrifft, so war es unredlich,

sich gegen das Eigentumsrecht der Heimatvertriebenen Deutschen zu stellen.

Denn bisher haben alle Bundesregierungen seit 1949, auch die jetzige rot-grüne, die Vertreibung der Deutschen und die entschädigungslose Enteignung deutschen Vermögens als völkerrechtswidrig verurteilt. Daher wurde in allen völkerrechtlichen Verträgen, so auch im Vertrag mit Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991, jeweils in dem dazugehörigen Briefwechsel festgestellt, dass sich der Vertrag nicht mit Vermögensfragen befasst. Dies wurde ausdrücklich offen gelassen, was das Bundesverfassungsgericht auch bestätigt hat.

Der Bundeskanzler weiß daher nur zu gut, dass er Regierungseitig nicht auf das Eigentum Privater verzichten kann. Dies lässt unsere grundgesetzlich verankerte Eigentumsordnung nicht zu. Er sollte daher gegenüber unseren Partnern in Europa nicht den Eindruck erwecken, als könnte er dies.

Auch kommt eine innerdeutsche Regelung der Eigentumsfragen nicht in Betracht.

Erwin Marschewski ist der Vorsitzende der AG „Vertriebene und Flüchtlinge“ der Bundestagsfraktion.

Von Stolpe nichts Neues

Erklärung zum veröffentlichten Jahresbericht Stand der Deutschen Einheit 2004:

Der vorgelegte Jahresbericht setzt die papierne Flut von Diskussionsbeiträgen zum Handlungsbedarf in Ostdeutschland fort. In bekannt routinierter Art wird aus dem Hause Stolpe von einem Aufholprozess berichtet, von dem tatsächlich weit und breit nichts zu sehen ist. Wer bereits eine Wachstumsrate 2003 von 0,2% als „hoffnungsvoll“ bezeichnet und die Wirtschaft in den neuen Bundesländer bei einer Arbeitslosenquote von nahezu konstanten 18,5% auf einem „guten Weg“ sieht, hat jedes Gefühl für die Notwendigkeiten im Osten verloren.

Dabei dürfen positive Tendenzen zweifellos nicht übersehen werden. Wenn auch von niedrigem Niveau ausgehend, entwickelt sich das Verarbeitende Gewerbe durchaus dynamisch. Hier entstehen Arbeitsplätze. Ermutigende Branchenschwerpunkte und innovative Kompetenzfelder haben sich herausgebildet und lassen zukünftiges Wachstum erwarten. Dies ist allerdings



Werner Kuhn

kaum Herrn Minister Stolpe zu verdanken – hierüber hat er schon seit Mitte der 90er Jahre als Ministerpräsident in Brandenburg sinniert, wirklich mit Leben erfüllt hat er die Idee nie. Erfolgreiche regionale Cluster sind in erster Linie Ergebnis unternehmerischen Handelns vieler Beteiligter auf der Suche nach neuen Ideen jenseits des eigenen Tellerrands.

Und genau die fehlen in Stolpes Jahresbericht. Für die Wirtschaft und die Menschen in Ostdeutschland wird keine Perspektive entwickelt, ein ganzheitliches Konzept für mehr Wachstum und einen breiten nachhaltigen Beschäftigungsaufbau wird schmerzlich vermisst. Genau wie ein Aufbauminister Ost mit Entscheidungskompetenz. Immer wieder gerät das Schicksal der neuen Länder unter die Räder eines permanenten Kompetenzstreites zwischen

den vier verantwortlichen Bundesministerien.

Mehr Engagement für den Osten – höchste Zeit, dass es endlich wieder dazu kommt!

Werner Kuhn ist der Berichterstatter für den Aufbau Ost der CDU/CSU-Bundstagsfraktion.

An die eigene Nase fassen

Stellungnahme zu den Äußerungen des Bundesfinanzministers zur „Mitnahme-Mentalität“.

„Mit mehr Ehrlichkeit könnte auf neue Schulden verzichtet werden, die Steuern könnten gesenkt werden“ – Dieser Aussage des Bundesfinanzministers ist uneingeschränkt zuzustimmen, vor allem wenn man dessen eigenes Verhalten einbezieht: Die Wahrheit über den Bundeshaushalt wird erst immer nach Ablauf des Haushaltsjahres gesagt. Die Prognosen der letzten Jahre tragen den Charakter der Unglaubwürdigkeit auf der Stirn. Positionen, die gestern galten („Schulden machen ist Gift“), werden heute ignoriert. Die Lage der Staatsprognosen, das strukturelle Defizit und die absehbare Entwicklung werden von Eichel verschleiert.



Dietrich Austermann

Vertrauen von Investoren, Kommunen und Steuerzahlern und mehr Druck auf „Steuervermeidungsstrategien“ erreicht man nur mit mehr Ehrlichkeit der politischen Entscheidungsträger. Wenn die Schwarzarbeit seit 1999 um 100 Mrd. € zugenommen hat, muss sich einiges an den politischen Grundlagen geändert haben. Eichel sollte sich an die eigene rot-grüne Nase fassen.“

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktionssprecher.

Parlament entscheidet ohne Beeinflussung über Börsengang der Bahn

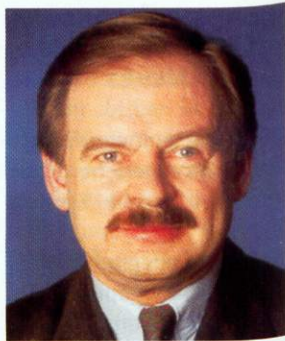
Stellungnahme zu dem bekannt gewordenen Schreiben Mehndorns an den Aufsichtsratsvorsitzenden der DB AG, Herrn Frenzel:

Die vom BDI und DIHK vorgestellte Studie zum Thema „Privatisierungspläne der Bahn und ihre Auswirkungen auf die Nutzer“ zeigt ganz deutlich, dass ein Börsengang des integrierten Konzerns DB AG, also mit Netz- und Verkehrsgesellschaften, ein Schritt in die falsche Richtung ist.

Die Union ist nicht gegen einen Börsengang, aber zuvor müssen alle verkehrs-, finanz- und haushaltspolitischen Chancen der in Frage kommenden Privatisierungsmodelle unter Einbeziehung externer Evaluierung ergebnisoffen geprüft werden. Erst danach fällt das Parlament die erforderlichen Entscheidungen. Ich begrüße daher, dass auch der Vorsitzende der Bahngewerkschaft Transnet, Norbert Hansen, die Aufgabe des überreilten Termins für den Börsengang der Deutsche Bahn AG im Jahre 2006 fordert.

Abzulehnen sind allerdings die heute bekannt gewordenen Pläne Mehndorns, eine „gleichgerichtete Bewegung von industrieller, politischer oder parlamentarischer Seite zu schaffen“.

Ich verwahre mich ausdrücklich dagegen, dass der Chef eines bundeseigenen Unternehmens – ohne Berücksichtigung des Eigentümerwillens – versucht, Druck



Dirk Fischer

auszuüben. Dies muss klar zurückgewiesen werden. Nun ist die Bundesregierung gefordert, Mehndorn auf seine Grenzen und Pflichten hinzuweisen.

Dirk Fischer ist der verkehrspolitische Fraktionssprecher.

SERVICEPUNKT

Aktuelle Analysen auf der Homepage der CDU/CSU-Bundstagsfraktion

- Verschiebung des außenpolitischen Koordinatensystems Zwischenbilanz der rot-grünen Außenpolitik in der 15. Wahlperiode
- Zehn gute Gründe gegen die Bürgerversicherung

Beide Papiere stehen auf www.cducusu.de als PDF-Dokument zum Download bereit.

Broschüre
„Wir müssen mehr für Deutschland tun“
Angela Merkel

Bestell-Nummer: **5942**
 Preis je 100 Stück: **20,00 €**
 inkl. MwSt.: 21,40 €



Faltplan „Ländervergleich“

Unionsgeführte Länder belegen:
 Man kann auch gut regieren

Bestell-Nummer: **2865**
 Preis je **50 Stück: 15,25 €**
 inkl. MwSt.: 16,32 €



Aktionszeitung
Bundesausgabe 3/2004

Bestell-Nummer: **1013**
 Preis je 250 Stück: **18,50 €**
 inkl. MwSt.: 19,80 €



Zeugnis „Für 6 Jahre Rot-Grün“

Bestell-Nummer: **2174**
 Preis je 200 Stück: **21,00 €**
 inkl. MwSt.: 22,47 €

Zeugnis für 6 Jahre Rot-Grün

Kategorie	Wahl	2002	2009
Wahlberechtigte	18.000.000	18.000.000	18.000.000
Wahlberechtigte im Ausland	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wahlberechtigte im Ausland	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wahlberechtigte im Ausland	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wahlberechtigte im Ausland	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wahlberechtigte im Ausland	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wahlberechtigte im Ausland	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wahlberechtigte im Ausland	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wahlberechtigte im Ausland	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Wahlberechtigte im Ausland	1.000.000	1.000.000	1.000.000



Leporello „So entstehen neue Jobs“

Bestell-Nummer: **2171**
Preis je **100 Stück: 11,00 €**
inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello „Das Steuermodell der CDU“

Bestell-Nummer: **2172**
Preis je **100 Stück: 11,00 €**
inkl. MwSt.: 11,77 €



Folder „Sozial ist, was Arbeit schafft“

Bestell-Nummer: **2085**
Preis je **100 Stück: 10,00 €**
inkl. MwSt.: 10,70 €



Broschüre „Deutschland kann mehr. Unsere Konzepte für die Zukunft“

Bestell-Nummer: **5175**
Preis je **100 Stück: 25,00 €**
inkl. MwSt.: 26,75 €

NEU!

Notizblock

Format DIN A7, 50 weiße Blätter

Bestell-Nummer: **9813**

Preis je **50 Stück: 28,00 €**
inkl. MwSt.: 32,48 €



NEU!

Logo-Bogen „CDU“

mit 13 LogoAufklebern in verschiedenen
Größen und Ausführungen

Bestell-Nummer: **0546**

Preis je **1 Bogen: 22,00 €**
inkl. MwSt.: 25,52 €



Pflastermäppchen „Trostpflaster für 6 Jahre Rot-Grün“

2 Pflasterstrips in einem Mäppchen

Bestell-Nummer: **9176**

Preis je 100 Stück: **26,00 €**
inkl. MwSt.: 30,16 €



Reflektorenanhänger – bedruckt mit unserem beliebten Smilie!

Bestell-Nummer: **9558**

Preis je 25 Stück: **22,50 €**
inkl. MwSt.: 26,10 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

NEU!



Kugelschreiber „FU“

Bestell-Nummer: **9930**

Preis je **50 Stück: 28,00 €**

inkl. MwSt.: 32,48 €



Tasse „FU“

inkl. Einzelverpackung

Bestell-Nummer: **9106a**

1 Tasse inkl. Einzelverpackung: 5,50 €

inkl. MwSt.: 6,38 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 0 5241-8 04 18 92
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de